

Krisenbewältigung

Wie viel Wissenschaft verträgt die Politik?

| ALEXANDER BOGNER | Die Einflussmöglichkeiten der Wissenschaft auf die Politik hängen auch von der jeweiligen Krisensituation ab, in der sich eine Gesellschaft befindet. Wann sollte die Politik der Wissenschaft folgen, wann besteht die Gefahr, dass sie ihre Legitimation aufs Spiel setzt?

Als Hegel 1831 an der Cholera gestorben war, dauerte es noch ein halbes Jahrhundert, bis man endlich die Ursache der Seuche, einen bakteriellen Erreger, entdeckte. Als Ende 2019 in Wuhan schwere Lungenentzündungen mit unbekannter Ursache festgestellt wurden, brauchte die Wissenschaft keine vier Wochen, um das Virus zu identifizieren und zu sequenzieren. Die Pandemie hat die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft in ein grelles Licht gerückt, und zwar nicht nur mit Blick auf die Entschlüsselung des Virus und die rasante Entwicklung wirksamer Impfstoffe, sondern auch im Hinblick auf ihre Orientierungshilfe für Politik und Öffentlichkeit.

Sinnkrisen

Wie stark (rationale) Politik auf Wissenschaft angewiesen ist, wird gerade in Krisenzeiten deutlich. Schließlich ist jede Krise vor allen Dingen eine Sinnkrise. Damit ist nicht gemeint, dass uns Krisen in den Wahnsinn treiben, auch

wenn dies bei besonders zähen Krisen der Fall sein mag. Die Rede von der Sinnkrise meint vielmehr, dass unsere gewohnten Formen sinnhafter Weltaneignung überfordert werden. Krisen sind außeralltägliche Situationen, die durch einen Überschuss an Bedeutung (bei gleichzeitigem Mangel an Informationen) charakterisiert sind und daher bedrohlich erscheinen. Wissenschaftlicher Aufklärung und Beratung kommt daher eine zentrale Rolle zu.

»Chronische Krisen sind dadurch gekennzeichnet, dass der umfassende gesellschaftliche Wertekonsens erodiert.«

Dies ließ sich auch in der Pandemie beobachten. In allen westlichen Demokratien wurden regierungs- oder verwaltungsnahe Beratungskommissionen neu eingerichtet (oder alte aufgewertet); zentrale Forschungseinrichtungen wie das Robert Koch-Institut erhielten eine vormals ungekannte Publizität, und einzelne Fachleute, die die Wissenschaftskommunikation neu belebt hatten, entwickelten auch politisch einen erheblichen Einfluss. Es ist daher kein Wunder, dass die ehemalige Wissenschaftsministerin Karliczek schon zu Beginn der Pandemie in der FAZ bekannte, dass die Politik durch wissenschaftliche Erkenntnisse wie selten zuvor geleitet werde. Im Großen und Ganzen gilt die deutsche Corona-Politik als ein vorbildliches Beispiel evidenzbasierter Politik, wenn auch mitunter kritisiert wurde, dass eine sehr

stark zahlengetriebene Politik (Inzidenzen, Reproduktionsraten, Hospitalisierungen) zu strengen Maßnahmen verleitete, deren Wirkungen sich nur schwer in Zahlen darstellen lassen. Aber das sind Details.

Follow the science?

An dieser Stelle soll uns eine populäre Forderung beschäftigen, die wir schon aus der Klimadebatte kennen: Darf oder soll sich Politik darauf beschränken, der Wissenschaft zu folgen? In akuten Krisensituationen auf jeden Fall. Das hat auch die Pandemie gezeigt: Die alarmierenden Bilder aus der Lombardei hatten im Frühjahr 2020 einen Schockmoment erzeugt, in dem der Lebensschutz – kompromisslos und abstimmungsfrei – oberste Priorität erhielt. Die virologisch-medizinische Expertise konnte in dieser frühen Phase

deshalb die politische Entscheidung vorwegnehmen, weil innerhalb der Gesellschaft ein weitgehender Wertekonsens darüber herrschte, dass man den von der Wissenschaft ausgemalten Notstand verhindern will. Nur wenn es um den Schutz konkurrenzloser Werte oder Güter geht, lassen sich politische Streit- als „technische“ Sachfragen verhandeln und geräuschlos an Expertengremien delegieren.

Chronische Krisen hingegen sind dadurch gekennzeichnet, dass der umfassende gesellschaftliche Wertekonsens erodiert. Die (realen oder vermuteten) Folgen der politischen Krisenbekämpfung führen zum Ende der großen Einigkeit. Die Krise wird nun standpunktspezifisch bewertet und erhält damit viele Gesichter. Der Dissens bezieht sich sowohl auf die normative Ebene (Wertpluralismus), auf die politische

AUTOR



Dr. Alexander Bogner ist habilitierter Soziologe mit Schwerpunkt in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Umwelt am Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Ebene (es erwacht der Wille zur Opposition), auf die öffentliche Arena (Proteste) sowie auf die wissenschaftliche Ebene. Letzteres heißt: Mit der Entdeckung, dass Corona ein komplexes Problem ist, entwickelt sich der Anspruch, dass weitere Stimmen aus der Wissenschaft gehört werden, und zwar über die Medizin, die Virologie und die Modellrechnungen der Physik hinaus. Der Versuch, in einer solchen Situation „die Politik herauszuhalten“ und so zu tun, als gebe es nur *eine* rational begründete Handlungsoption, ist wenig glaubwürdig.

Etwas fragwürdig erscheint unter dieser Perspektive der in der Corona-Krise eingeübte Brauch, den Einklang zwischen Politik und Wissenschaft öffentlich zu inszenieren. Anlässlich wichtiger Pressekonferenzen traten der Regierungsspitze hochrangige Fachleute (meist aus der Virologie) zur Seite, in Deutschland genauso wie in Österreich oder in Großbritannien. Auch wenn

»Die Pandemie hat gezeigt, dass im Verlauf der Krise zusehends auf dem Terrain der Wissenschaft für die politische Mission gestritten wurde.«

dies wohl vor allem als öffentliches Bekenntnis zu einer evidenzbasierten Politik gemeint war – der beisitzende Experte erschien als autoritativer Repräsentant der Wissenschaft bzw. der dominierenden disziplinären Perspektive.

Kampf ums bessere Wissen

Die Pandemie hat gezeigt, dass im Verlauf der Krise zusehends auf dem Terrain der Wissenschaft für die politische Mission gestritten wurde. Die Wissenschaft wird vor allem dann zum Gegenstand politischer Streitigkeiten, wenn politische Konflikte als Wissenskonflikte verstanden und ausgetragen werden. Im Mittelpunkt dieser Konflikte stehen Fragen wie: Wie hoch ist das Risiko? Welche Folgen ergeben sich aus (dem Ausbleiben von) bestimmten politischen Maßnahmen? Welche gesundheitlichen oder ökologischen Gefahren drohen? Diskutiert und gestritten wird in all diesen Fällen – und das gilt für die Klima- und Coronakrise genauso wie für den Streit um Gentechnik und Glyphosat – über die Zuverlässigkeit von Studien und Daten, die Glaubwürdigkeit von Szenarien und Modellen oder die

Stichhaltigkeit von Grenzwerten und Kennzahlen. In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit bzw. der Auseinandersetzungen rücken deshalb epistemische Aspekte, also Fakten, Evidenzen, kognitive Kompetenzen.

Wenn politische Auseinandersetzungen sich auf die Frage konzentrieren, wer das bessere Wissen auf seiner Seite hat, drohen zwei Gefahren: Die Wissenschaft kann sich dazu aufgefordert sehen, politischen Aktivismus zu betreiben, zumal dann, wenn sie davon ausgeht, dass sich aus ihren Zahlen und Daten automatisch ein bestimmtes politisches Handlungsprogramm ergibt. Die nationale „No Covid“- bzw. die europaweite „Contain Covid“-Initiative waren Beispiele für eine gut gemeinte Politik seitens multidisziplinär zusammengesetzter Expertenkollektive, die als normative Konsensgemeinschaften meinungsstark in Erscheinung traten. Für die Politik wiederum ergibt sich die Gefahr, die alte Ideologie politischer

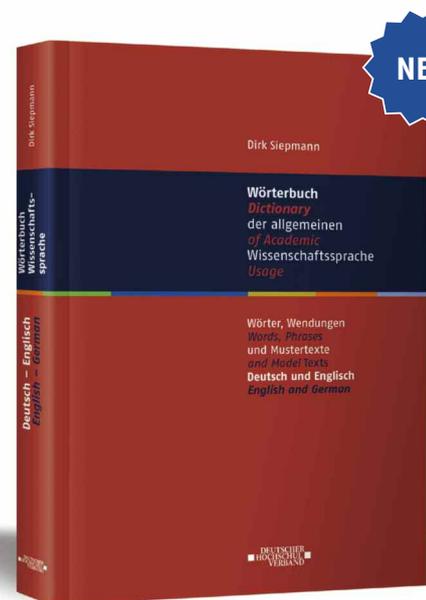
Alternativlosigkeit zu bedienen. Dies ist dann der Fall, wenn die Politik ihre Maßnahmen als rein evidenzgesteuert und darum ideologiefrei begreift. Die (verständliche) Begeisterung für die Leistungs-

fähigkeit der Wissenschaft führt dann im Extremfall dazu, dass sich die Politik als ausführendes Organ der Vernunft versteht und sich über „Wahrheit“ zu legitimieren versucht. Zu kurz kommt dabei, was demokratische Politik im Kern ausmacht, nämlich die Abwägung divergierender Interessen, Weltanschauungen und Moralvorstellungen in einem auf Repräsentativität angelegten Erwägungsprozess, um tragfähige Kompromisse zu ermöglichen.

Wie lautet das Fazit? Die Politik verträgt (und benötigt) jede Menge Wissenschaft, gerade in Krisenzeiten. Allerdings darf wissenschaftliche Expertise nur eine (wichtige) Ressource für die Politik sein, um transparente und selbständige Entscheidungen auf der Basis von Abwägungsprozessen zu treffen, in denen eben nicht nur Wissen, sondern auch divergierende Interessen und Werte eine wichtige Rolle spielen müssen. Andernfalls ist für Verhandlungen und Zugeständnisse – also Politik – kaum mehr Platz.

Sie müssen auf Englisch schreiben oder vortragen? Sie fragen sich, wie deutsche Wendungen, z.B. „aus Platzgründen muss ... ausgeklammert werden“ oder „...sei zunächst angemerkt, dass ...“ korrekt und geschliffen ins Englische übertragen werden?

Oder Sie suchen nach Formulierungsalternativen? Das **„Wörterbuch der allgemeinen Wissenschaftssprache / Wörter, Wendungen und Mustertexte“** von Dirk Siepmann bietet Ihnen in komprimierter Form zahlreiche griffige und direkt umsetzbare Beispiele.



Gebundene Ausgabe, 352 Seiten, 34,90 Euro (D) inkl. Porto, für DHV-Mitglieder zum Sonderpreis von 29,90 Euro inkl. Porto. **Zu bestellen über:** Deutscher Hochschulverband, Rheinallee 18-20, 53173 Bonn, Tel. 0228 9026666, Fax 0228 9026680 oder per Mail: dhv@hochschulverband.de

Dirk Siepmann ist Professor für Fachdidaktik des Englischen an der Universität Osnabrück. Er verfügt über eine jahrzehntelange Erfahrung in Fremdsprachendidaktik, Übersetzungswissenschaft und Lexikographie.